

Straßenarbeiten in der Rue de la Gare auf der Zielgerade

AUS DER SITZUNG DES GEMEINDERATES VOM 30. MÄRZ 2021

Anwesend:

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel, Schöffe Jean-Paul Sunnen, Schöffe Raphael Gindt.

Ratsmitglieder: Tom Berend, Marcel Jakobs, Lou Linster, Jean-Pierre Roemen, Christiane Schmit-Hamen.

Rat Patrick Calmus nimmt an der Sitzung über Videokonferenz teil.

Gemeindesekretär: Marc Thill

- | | |
|--|---|
| <p>1a Festlegung und Genehmigung des Tagungsortes für die Gemeinderatssitzung</p> <p>1b Genehmigung der Tagesordnung.</p> <p>2 Mitteilungen des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums</p> <p>3 Personalangelegenheiten (in geschlossener Sitzung):</p> <p>3a Demission eines Gemeindebeamten</p> <p>3b Verlängerung des Praktikums eines Gemeindebeamten</p> <p>3c Definitive Ernennung eines Gemeindebeamten</p> <p>3d Schaffung eines Postens der Besoldungsgruppe B-1, Techniker</p> <p>3e Antrag auf unbesoldeten Urlaub</p> <p>4 Vorstellung des mehrjährigen Finanzplans, PPF 2021 (in geschlossener Sitzung)</p> <p>5 Anfragen zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts (in geschlossener Sitzung)</p> <p>6 Genehmigung einer Konvention mit dem Unternehmen SOTEL</p> <p>7 Jahresrechnung 2018</p> <p>7a Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2018</p> <p>7b Genehmigung der Betriebsrechnung 2018</p> <p>8 Jahresrechnung 2019</p> | <p>8a Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2019</p> <p>8b Genehmigung der Betriebsrechnung 2019</p> <p>9 Antrag auf Klagebefugnis, kommunale Gewerbesteuer 2020</p> <p>10 Neugestaltung der Rue de la Gare</p> <p>10a Genehmigung eines zusätzlichen Kostenvoranschlags für die Erneuerung der Straßenlaternen an den Fußgängerübergängen in der Rue de la Gare im Rahmen der aktuellen Bauarbeiten</p> <p>10b Genehmigung zusätzlicher Bauarbeiten in der Rue de Cessange</p> <p>11 Genehmigung eines Kostenvoranschlags für den Umbau der Kreuzung Rue de la Gare sowie Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Rue de Roedgen</p> <p>12 Teilmodifikation und Genehmigung des Teilbebauungsplans (PAP) „Eelchesgewan“</p> <p>13 Genehmigung zur Änderung der Artikel 55 und 56 der allgemeinen Polizeiverordnung</p> <p>14 Motionen der Gemeinderatsmitglieder</p> <p>15 Korrespondenz, Fragen an das Bürgermeister- und Schöffenkollegium</p> |
|--|---|

1a Festlegung und Genehmigung des Tagungsortes für die Gemeinderatssitzung

Aufgrund der sanitären Maßnahmen wegen der Covid-19-Pandemie findet die Sitzung im Kultur- und Gesellschaftszentrum „an der Eech“ statt. Alle Ratsmitglieder erklären sich hiermit einverstanden.

1b Genehmigung der Tagesordnung

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel schlägt vor, die Tagesordnung in einem Punkt zu ändern: Der ehemalige Tagungspunkt 13 betreffend eine Anfrage zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts soll in geschlossener Sitzung beraten werden und wird als neuer Tagungspunkt 5 vorgezogen. Bürgermeisterin

Diane Bisenius-Feipel informiert zudem, dass eine Motion sowie zwei Fragen an das Schöffenkollegium vorliegen, die am Ende der Gemeinderatssitzung beraten werden sollen. Alle Ratsmitglieder erklären sich hiermit einverstanden.

2. Mitteilungen des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel teilt mit, dass die Baugenehmigung für das geplante Pflegeheim mit betreutem Wohnen am Ort „Geierbiërg“ erteilt worden sei. Der Betreiber Emera müsse noch verschiedene Genehmigungen einholen, wie etwa die Zulassung für das Pflegeheim, die Betriebserlaubnis und die Betriebsgenehmigung

für klassifizierte Einrichtungen (Commodo/Incommodo). Anschließend müssten Ausschreibungen für den Bau des Pflegeheims getätigt werden. Der Betreiber rechne mit einem Baubeginn im Jahr 2022.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel informiert, dass der „Impfbus“-Zubringerdienst seit dem 25. Februar in Zusammenarbeit mit der Firma Demy Schandeler funktioniere. Der kostenlose Dienst richte sich an Einwohner der Gemeinde, die entweder älter als 60 Jahre oder gesundheitlich besonders gefährdet seien. Bisher seien 58 Personen zu Impfzentren nach Esch/Alzette und Limpertsberg gefahren worden.

Rätin Christiane Schmit-Hamen fragt, ob der Betreiber des geplanten Pflegeheims die ausbleibenden Genehmigungen noch vor Baubeginn einholen müsse. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel bestätigt dies.

Rat Lou Linster begrüßt die Erteilung der Baugenehmigung für das Pflegeheim, drückt jedoch Skepsis gegenüber dem engen Zeitplan der Bauarbeiten aus.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel gibt auf Nachfrage von Rat Patrick Calmus an, dass die Baugenehmigung für das Pflegeheim Anfang März unterzeichnet worden sei.

3 Personalangelegenheiten:

Der Gemeinderat befindet in geschlossener Sitzung über folgende Personalangelegenheiten:

- a) Demission des Gemeindebeamten Alex Meyer.
- b) Verlängerung des Praktikums des Gemeindebeamten Jorge Da Silva.
- c) Definitive Ernennung des Gemeindebeamten Jorge Da Silva.
- d) Schaffung eines Postens der Besoldungsgruppe B-1, Techniker.
- e) Antrag auf unbesoldeten Urlaub (Martine Mausen Lüdde).

4 Vorstellung des mehrjährigen Finanzplans, PPF 2021

Der Gemeinderat wohnt in geschlossener Sitzung der Vorstellung des mehrjährigen Finanzplans (plan pluriannuel de financement, PPF) 2021 bei.

5 Anfragen zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts

Der Gemeinderat befindet in geschlossener Sitzung über eine Anfrage zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts. Die Abstimmung wird auf den 2. April 2021 verlegt.

6 Genehmigung einer Konvention mit dem Unternehmen SOTEL

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erinnert daran, dass die Gemeinde seit 2007 versuche, die Hochspannungsleitung des Betreibers SOTEL in Schlewenhof loszuwerden. Ein Plan, die Leitung anlässlich der Erneuerung der Rue Schlewenhof unter die Erde zu legen, sei an den hohen Kosten gescheitert. Nun habe sich dadurch, dass die SOTEL das Netz gemeinsam mit der Creos betreibe, für die Gemeinde die Möglichkeit ergeben, sich an einem Rückbau der gesamten SOTEL-Leitung zwischen Monnerich und Helfenterbrück zu beteiligen. Die drei Gemeinden Monnerich, Reckingen/Mess und Leudelingen könnten sich die Unkosten gemeinsam mit der SOTEL, mehreren Privatpersonen sowie einem Bauunternehmen teilen. Unter dem Strich würde die Lösung die Gemeinde Leudelingen rund 100.000 Euro kosten und sei damit wesentlich günstiger als das auf 3,2 Millionen Euro veranschlagte ehemalige Projekt in der Rue Schlewenhof.

Laut Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel habe die SOTEL bestätigt, dass die Arbeiten 24 Monate dauern und so bald wie möglich beginnen würden.

Rat Marcel Jakobs begrüßt den Abbau der Hochspannungsleitung, der einem langjährigen Wunsch der Anwohner entspreche. Die beiden Räte Lou Linster und Jean-Pierre Roemen teilen diese Ansicht. Rat Patrick Calmus begrüßt das Projekt, bedauert jedoch, dass das beteiligte Bauunternehmen die Kosten mit Sicherheit auf die Käufer der Immobilien abwälzen werde.

Schöffe Jean-Paul Sunnen nimmt wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

Die Konvention mit dem Unternehmen SOTEL wird einstimmig genehmigt.

7 Jahresrechnung 2018

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erläutert die Prozedur betreffend die Jahresrechnungen für die Jahre 2018 und 2019. Das Ministerium habe die Jahresrechnungen im Winter kontrolliert und die Gemeinde habe beide Rechnungsberichte erhalten. Am 2. Februar habe das Schöffenkollegium seine Antwort formuliert. Der Gemeinderat soll in der aktuellen Sitzung über die beiden Jahresrechnungen sowie die Bemerkungen des Schöffenkollegiums abstimmen, bevor diese zum finalen Abschluss ans Ministerium zurückgehen. Die Antworten der Gemeinde beinhalteten viele kleine Detailfragen, wie etwa in Bezug auf sehr geringfügige Pachterträge, die im Jahr 2019 nicht abgerechnet wurden, oder einen kleinen Traktor, der 2011 per Leasingvertrag angeschafft worden und welcher 2018 ausgelaufen sei. Weitere Punkte würden den Mietvertrag für die Kirche mit dem Erzbistum und eine erforderliche Neuausschreibung in der kommunalen Abfallbeseitigung betreffen. Der Kassenbericht habe keine Probleme offenbart.

Rat Lou Linster kritisiert, dass das Schöffenkollegium das Problem mit der Ausschreibung in der Abfallbeseitigung nicht rechtzeitig erkannt habe. Er möchte zudem wissen, warum noch kein Mietvertrag mit dem Kirchenfonds abgeschlossen werden konnte. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass die Gespräche mit dem Fonds ohne besonderen Grund ins Stocken geraten seien und dass das Schöffenkollegium sich kurzfristig um eine Lösung bemühen werde.

Die Verwaltungsrechnung 2018 wird einstimmig genehmigt.

Die Betriebsrechnung 2018 wird einstimmig genehmigt.

8 Jahresrechnung 2019

Die Verwaltungsrechnung 2019 wird einstimmig genehmigt.

Die Betriebsrechnung 2019 wird einstimmig genehmigt.

9 Antrag auf Klagebefugnis, kommunale Gewerbesteuer 2020

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass im Jahr 2020 rund 24,8 Millionen Euro von Unternehmen in Leudelingen erwirtschaftet worden seien, die Gemeinde aber nur 1,4 Millionen Euro als Rückzahlung vom Staat zurückerhalte. Dies sei in den Augen des Schöffenkollégiums „skandalös“. Aus diesem Grund wolle die Gemeinde die staatliche Entscheidung in Sachen kommunale Gewerbesteuer vor dem Verwaltungsgericht anfechten, da das letzte Urteil nach einer entsprechenden früheren Klage noch ausstehe und ein Verfahren demnach Aussicht auf Erfolg habe.

Rat Lou Linster begrüßt die Pläne des Schöffensrats und möchte wissen, wann mit einem finalen Urteil in dem ersten Verfahren vor dem Verfassungsgericht zu rechnen sei. Laut Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel gebe es keine Neuigkeiten in dieser Sache. Schöffe Jean-Paul Sunnen erklärt, dass leider ein negatives Urteil in dem Rechtsstreit zu erwarten sei. Er sei jedoch der Meinung, dass die Finanzkommission sich mit dem Vorschlag von Rat Lou Linster befassen solle, die fehlenden Einnahmen über eine Erhöhung der Gewerbesteuer zumindest teilweise zu kompensieren. Die

Materie sei komplex und eine Analyse sei nötig, um die Umsetzbarkeit einer solchen Lösung zu prüfen. In seinen Augen spreche nichts prinzipiell gegen eine substanzielle Erhöhung mancher Steuerparameter, wie auch Erfahrungen in anderen Gemeinden bestätigen würden. Die Vor- und Nachteile eines solchen Ansatzes müssten jedoch abgewägt werden.

Rätin Christiane Schmit-Hamen erklärt in ihrer Funktion als Vorsitzende der Finanzkommission, dass die Kommission sich bereits Gedanken zu dem Thema gemacht habe und diese den Kommissionsmitgliedern, während einer für Mitte bis Ende Mai geplanten Sitzung präsentieren werde. Anschließend wolle man ergründen, welche steuerlichen Anpassungen möglich und sinnvoll, aber auch angesichts der aktuellen Krise vertretbar seien.

Der Antrag auf Klagebefugnis wird einstimmig genehmigt.

10 Neugestaltung der Rue de la Gare

Der Gemeinderat befindet über zusätzliche Kostenvoranschläge im Rahmen der aktuellen Erneuerung der Rue de la Gare sowie

der Rue de Cessange. Diese beinhalten:

- Zusätzliche Arbeiten bei der Erneuerung der Rue de la Gare in Leudelingen, zu einem Gesamtkostenpunkt von 661.000 Euro
- Erneuerung der Straßenbeleuchtung auf Höhe der Fußgängerüberwege in der Rue de la Gare, zu einem Gesamtkostenpunkt von 57.271,50 Euro
- Infrastrukturarbeiten in der Rue de la Gare und Arbeiten am Trinkwassernetz in der Rue de Cessange in Leudelingen, zu einem Gesamtkostenpunkt von 565.000 Euro.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass die Baustelle in der Rue de la Gare nach wie vor im vollen Gang sei. Seit dem letzten März-Wochenende sei die Straße wieder einspurig befahrbar. Die Bürgermeisterin erinnert daran, dass der erste Kostenvoranschlag zur Erneuerung der Rue de la Gare sich auf 1.631.000 Euro belaufen habe und am 7. Mai 2019 vom Gemeinderat genehmigt worden sei. Erst während der Bauarbeiten habe sich herausgestellt, dass zusätzliche Arbeiten nötig seien, die weitere Unkosten in Höhe von 661.000 Euro verursachen würden. Dies sei auf unvorhergesehene Probleme



photo Jorge Da Silva

mit den Kanalschächten, die gemauert werden mussten, sowie technischen Leitungskanälen, die tiefergelegt werden mussten, zurückzuführen. Die Erneuerung der Straßenbeleuchtung an den Fußgängerüberwegen werde weitere 57.271 Euro kosten. In der Rue de Cessange müssten zudem die fast 40 Jahre alten Trinkwasserleitungen zwischen der Kreuzung mit der Rue de la Gare und der Einfahrt zum Domaine Schmiseleck erneuert werden. Die Kosten hierfür würden rund 565.000 Euro betragen.

Philippe Huberty vom Ingenieurbüro Schroeder & Associés liefert anschließend dem Gemeinderat weitere Details zu den geplanten Arbeiten in der Rue de la Gare und der Rue de Cessange. Schöffe Raphael Gindt erklärt, dass das Schöffenkollégium zwar nicht erfreut über die zusätzlich anfallenden Kosten sei, so doch Verständnis für die nicht eingeplanten, aber nötigen Änderungen zeige. Angesichts dessen seien die Mehrkosten in einem vertretbaren Rahmen.

Rätin Christiane Schmit-Hamen fragt, wie die beiden Fußgängerübergänge in der Rue de la Gare auf Höhe der „Villa Eugénie“ umgestaltet werden. Philippe Huberty erklärt, dass die Fußgängerüberwege nach den geltenden Normen umgestaltet würden, um eine bessere Nutzung durch Personen mit eingeschränkter Mobilität zu erlauben. Die beinhalte unter anderem die Installation von tastbaren Bodenplatten, die es hochgradig sehbehinderten Menschen erlaubten, sich zu orientieren. Teil der Umgestaltung sei auch die Installation einer neuen Straßenbeleuchtung, um die Nutzer des Übergangs besser sichtbar zu machen. Rätin Christiane Schmit-Hamen bemerkt, dass

der Fußgängerüberweg in der Rue de la Gare an der Kreuzung Rue de la Forêt in ihren Augen sehr ungünstig liege. Dort seien viele Schüler unterwegs, es gebe zwei Bushaltestellen und der Fußgängerüberweg liege zudem in einer Kurve, in der häufig schnell gefahren werde. Sie plädiere angesichts der Erneuerung dafür, gleich mehr Sicherheit zu schaffen und den Fußgängerüberweg entweder zu verlegen oder eine Ampelanlage zu installieren. Philippe Huberty erklärt, dass es aufgrund der Bushaltestelle in der Rue de la Gare nicht ratsam sei, den Übergang zu verlegen. Über eine Ampelanlage könne man aber durchaus mit dem technischen Dienst der Gemeinde diskutieren.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel geht davon aus, dass die Installation einer Ampel eine Genehmigung der Straßenbauverwaltung voraussetzt. Sie merkt zudem an, dass im Rahmen des geplanten Pflegeheims bereits über den Bau einer Ampel auf Höhe der „Villa Eugénie“ nachgedacht worden sei. Philippe Huberty bestätigt, dass die Straßenbauverwaltung die Installation zweier Ampelanlagen auf einem derart kurzen Abschnitt wahrscheinlich nicht genehmigen würde. Gemeindeingenieur Michel Wodelet ergänzt, dass der technische Dienst im Rahmen der aktuellen Bauarbeiten geplant habe, am Fußgängerüberweg in Höhe der Villa bereits alle nötigen Leitungen zu verlegen. Dies würde die spätere Installation einer Ampel erleichtern und dieser Ansatz sei zudem kostengünstiger als eine nachträgliche Installation. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel regt an, ähnliche Vorbereitungen an dem Fußgängerüberweg an der Kreuzung zur Rue de la Forêt zu treffen. Gemeindeingenieur Michel Wodelet will die

Anregung mit in die Baubesprechung nehmen.

Rat Lou Linster kritisiert die in seinen Augen unrealistische Kostenplanung durch das Projektbüro. In seinen Augen seien die angesprochenen Probleme vorhersehbar gewesen. Philippe Huberty erläutert, dass das Problem mit den Kanalschächten auch aus Zeitgründen entstanden sei, da vorgefertigte Kanalschächte derzeit schlecht verfügbar seien. Andere Zusatzkosten wie jene zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung und zur Verbreiterung des Gehwegs seien durch Änderungswünsche entstanden, mit der sich das Schöffenkollégium einverstanden gezeigt habe. Das Problem mit den Leitungskanälen beruhe auf geänderten Vorgaben der Straßenbauverwaltung und sei vor Beginn der Arbeiten nicht erkennbar gewesen. Die Zusatzkosten bei den Arbeiten am Wassernetz seien entstanden, weil gegenüber dem ursprünglichen Plan in Absprache mit der Gemeinde eine schnellere Lösung vorgezogen worden sei, die eine frühere Freigabe der Straße ermögliche.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel weist darauf hin, dass es im Rahmen einer derart komplexen Baustelle nicht ungewöhnlich sei, dass im Laufe der Arbeiten Änderungsentscheidungen fielen. Das Schöffenkollégium und auch die Anwohner seien allgemein zufrieden mit dem Fortschritt der Arbeiten. Die zusätzlichen Kosten fielen unter anderem auch deswegen an, weil versucht werde, bestmöglich im Interesse der Bürger zu arbeiten.

Rat Lou Linster bleibt bei seiner Meinung, dass Mehrkosten in einer Größenordnung von 40 Prozent auf eine mangelnde Planung hinweisen. Er möchte

zudem wissen, warum die ursprünglich nicht eingeplanten Arbeiten in der Rue de Cessange hinzugekommen seien. Gemeindeingenieur Michel Wodellet erklärt, dass der Betreiber Creos sowie das Postunternehmen nachträglich den Wunsch geäußert hätten, ihre Netze im Laufe der Bauarbeiten zu erneuern. Daher habe die Gemeinde entschieden, die Trinkwasserleitungen ebenfalls zu erneuern, da diese ihre maximale Lebensdauer zudem bald erreichen würden.

Rat Patrick Calmus zeigt sich ebenfalls erstaunt über die hohen Mehrkosten und pflichtet seinem Vorredner bei, was die mangelhafte Planung anbelangt. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel vertritt die Meinung, dass es sich nicht um reine Mehrkosten handle, sondern zusätzliche Leistungen erbracht würden. Es sei demnach Ansichtssache, wie die Kostenerhöhung einzuschätzen sei.

Die Kostenvoranschläge für die zusätzlichen Arbeiten in der Rue de la Gare sowie die Erneuerung der Straßenlaternen werden einstimmig genehmigt.

Der Kostenvoranschlag für die zusätzlichen Infrastrukturarbeiten in der Rue de la Gare und die Arbeiten am Trinkwassernetz in der Rue de Cessange wird einstimmig genehmigt.

11 Genehmigung eines Kostenvoranschlags für den Umbau der Kreuzung Rue de la Gare sowie Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Rue de Roedgen

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass die Gemeinde den seit längerer Zeit geplanten Umbau der Rue de la Gare in Schlewenhof auf Höhe der Kreuzung mit der Rue de la Vallée umsetzen und gleichzeitig

Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Rue de Roedgen durchführen wolle.

Svenja Ludmann vom Ingenieurbüro Schroeder & Associés erläutert die Details des Projekts. Dieses sieht unter anderem vor, die Verkehrsinsel an der Mündung der Rue de la Vallée so anzupassen, dass zwei parallele Fahrspuren zum Abbiegen verfügbar sind und einen Einfädungsstreifen in der Rue de la Gare zu schaffen. Zusätzlich ist eine Verlängerung, bzw. eine Verbreiterung des Gehwegs auf der östlichen Seite der Rue de la Gare in Richtung Bahnhof-Leudelingen geplant, um in Zukunft auch eine gemischte Nutzung als Fahrradweg zu erlauben. Zudem sollen die Fußgängerüberwege mit Beleuchtung und Blindenleitlinien ausgestattet und die Bushaltestellen für Personen mit eingeschränkter Mobilität angepasst werden. Die Kreuzung mit der Rue de Roedgen soll ebenfalls angepasst werden, um zwei Abbiegespuren sowie einen verbesserten Fußgängerüberweg zu schaffen. Zusätzlich sollen an der Ortseinfahrt in der Rue de Roedgen bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung geschaffen werden. Dazu seien mehrere Varianten vorgeschlagen worden, die die Schaffung einer Verkehrsinsel mit ein- oder beidseitiger Schikane, die Schaffung eines Portals mit Verengung der Fahrbahn, sowie die Installation von Rüttelstreifen oder einer Bremsschwelle auf der Fahrbahn umfasst hätten. Der Kostenvoranschlag in Höhe von 975.000 Euro beinhalte unter anderem die Kosten für die Straßenbau- und Kanalarbeiten, sowie für die Verkehrsberuhigungsvariante mit der einseitigen Schikane. Während der Bauarbeiten müsse die Rue de la Vallée in eine Richtung teilgesperrt werden. In der Rue de la Gare werde der Verkehr

in beide Richtungen soweit wie möglich aufrechterhalten. Der Beginn der Arbeiten sei nach Abschluss der aktuellen Baustelle in der Rue de la Gare geplant, die voraussichtliche Bauzeit betrage fünf Monate.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel ergänzt, dass das Projekt mehrere Varianten zur Verkehrsberuhigung in der Rue de Roedgen beinhalte, da die Gemeinde sich mehrere Optionen offenhalten wolle. Ein weiterer Grund sei die Tatsache, dass die auch von der Straßenbauverwaltung bevorzugte Lösung einer Verkehrsinsel mit einseitiger Schikane nicht an der zunächst geplanten Stelle umsetzbar sei, da die Grundstücksbesitzer dort nicht bereit seien, die benötigten Grundstückspartien abzugeben. Die Insel mit der Schikane müsse daher entweder verlegt oder es müsse eine der anderen Varianten gewählt werden. Ein weiteres Treffen mit der Straßenbauverwaltung solle Klarheit darüber schaffen, welche Lösung schlussendlich realisiert wird.

Rat Lou Linster fragt, warum zu diesem Zeitpunkt schon über das Projekt abgestimmt werden soll, wenn noch gar nicht klar sei, welche Variante realisiert wird. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass es klar sei, dass eine Verkehrsberuhigungsmaßnahme dort umgesetzt werde und die im Kostenvoranschlag berücksichtigte Variante die zweitbeste sei. Das Schöffenkollegium wolle das Projekt jedoch vorantreiben und bringe es deswegen sofort zur Abstimmung. Rat Lou Linster fragt, ob dies bedeute, dass nur im Fall einer Realisierung der beidseitigen Schikane substanzielle Zusatzkosten drohen würden. Die Bürgermeisterin bestätigt dies. Rat Lou Linster regt an, während der Bauarbeiten eine Umleitung

durch die Rue Schlewenhof zu schaffen.

Rat Jean-Pierre Roemen erkundigt sich, ob die Schaffung des Gehwegs zur gemischten Nutzung als Fahrradweg nur die Rue de la Gare betreffe. Svenja Ludmann erklärt, dass dadurch lediglich die Voraussetzung für eine spätere, durchgehende Fahrradstrecke geschaffen werden soll. In einer ersten Phase solle der Fahrradverkehr auf der Straße verbleiben. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass dieser Abschnitt als erster Ansatz zu verstehen sei, der einen späteren Ausbau der Fahrradwege ermögliche und dessen Umsetzung anlässlich der geplanten Arbeiten opportun sei.

Schöffe Jean-Paul Sunnen ergänzt, dass die Einbindung des Fahrradweges im Rahmen des aktuellen Projekts unzusammenhängend wirke, wenn man mit dem Gesamtkonzept nicht vertraut sei. Er werde sich um eine diesbezügliche Präsentation für die Gemeinderatsmitglieder bemühen. Er merkt zudem an, dass die Gemeinde im Zusammenhang mit den benötigten Grundstücken auf unerwartet großen Widerstand getroffen sei und das Schöffenkollégium daher eine Lösung bevorzuge, die keine Beschaffung von Privatparzellen erfordere.

Rat Tom Berend fragt, ob auf Höhe des Fußgängerüberwegs an der Bushaltestelle, die über der Fahrbahn installierten, blauen Hinweisschilder sowie das Stromkabel für die Beleuchtung im Rahmen der Bauarbeiten beseitigt werden. Gemeindeingenieur Michel Wodelet und die Bürgermeisterin bestätigen, dass die Hinweisschilder durch Warnlichter ersetzt werden und das Kabel unterirdisch verlegt wird.

Rat Patrick Calmus begrüßt, dass das lang erwartete Projekt endlich umgesetzt wird, drückt aber die Hoffnung aus, dass sich am Ende nicht erneut substanzielle Mehrkosten ergeben. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel weist darauf hin, dass eventuelle Mehrkosten sich in einem erwartbaren Rahmen bewegen würden, da der Kostenvoranschlag wie bereits erwähnt die zweitbeste Variante beinhalte. Der Kostenpunkt hänge auch davon ab, welche Variante schlussendlich von der Straßenbauverwaltung genehmigt werde.

Der Kostenvoranschlag wird einstimmig genehmigt.

12 Genehmigung einer Teilmodifikation des Teilbebauungsplans (PAP) „Eelchesgewan“

Schöffe Raphael Gindt erläutert, dass die Gemeinde am 15. Oktober 2020 einen Änderungsantrag zu einzelnen Punkten des Teilbebauungsplans „Eelchesgewan“ vom Architekturbüro CO3 erhalten habe. Das Schöffenkollégium sei jedoch der Meinung gewesen, dass die angestrebten Änderungen aus einer Reihe von Gründen nicht konform zum allgemeinen Bebauungsplan (PAG) der Gemeinde seien. Das Schöffenkollégium habe sich schlussendlich weitgehend der Stellungnahme des Innenministeriums angeschlossen und sei bereit, den Änderungen des PAP bis in einigen Punkten zuzustimmen.

Gemeindeingenieur Marc Schmit liefert Rat Lou Linster auf Nachfrage in einer längeren Ausführung Details zur Prozedur sowie zum Werdegang der Angelegenheit. Schöffe Jean-Paul Sunnen bestätigt, dass das Schöffenkollégium vorschlage, der Position des Ministeriums zu folgen und die Änderungen des PAP bis auf

einen Punkt zu genehmigen.

Bürgermeisterin Diane-Feipel Bisenius nimmt wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

Die Teilmodifikation des PAP „Eelchesgewan“ wird einstimmig angenommen.

13 Genehmigung zur Änderung der Artikel 55 und 56 der allgemeinen Polizeiverordnung

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass aufgrund der Stellungnahme des Ministeriums zwei Änderungen in der neuen allgemeinen Polizeiverordnung notwendig seien. Zum einen sei im Artikel 55 die Formulierung „agents de surveillance“ durch „les agents du corps de la police et gardes champêtres“ zu ersetzen. Zum anderen sehe der Artikel 56 nun vor, dass die Gemeinde in einem separaten Erlass so genannte „Hundezonen“ definieren werde. Diese Aufgabe komme also noch auf das Schöffenkollégium zu.

Rätin Christiane Schmit-Hamen bemerkt, dass die Probleme mit Hundekot auf Gehwegen in der Gemeinde zunehmen würden und regt an, nach der Schaffung der „Hundezonen“ die Bürger verstärkt zu sensibilisieren, damit diese auch genutzt würden. Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass die Gemeinde zu diesem Thema seit Jahren sensibilisiere, es jedoch am Ende in der Verantwortung der Hundehalter liege, die Vorschriften zu respektieren.

Rat Patrick Calmus findet im Artikel 55 die Formulierung „toute personne qui refuse d’obtempérer aux injonctions des agents du corps de la Police et des gardes champêtres de se conformer aux dispositions du présent

règlement est tenue de quitter les lieux si l'ordre lui en est donné" bedenklich, da dieser in seinen Augen eine Art Platzverweis schaffe. Gemeindesekretär Marc Thill erklärt, dass diese Formulierung vom Innenministerium nicht beanstandet worden sei und auch in den Polizeiverordnungen anderer Gemeinden so enthalten sei. Die Bürgermeisterin bemerkt, dass die Änderung lediglich den angeführten Punkt betreffe und nicht die angesprochene Formulierung, die bereits in der am 29. September 2020 vom Gemeinderat genehmigten Fassung der Polizeiverordnung enthalten gewesen sei.

Die Änderungen der allgemeinen Polizeiverordnung werden einstimmig genehmigt.

14 Motionen der Gemeinderatsmitglieder

Rat Lou Linster hat eine Motion eingereicht, in der er die Schaffung eines Gemeinschaftsgartens in der Gemeinde anregt. Im Gegensatz zum klassischen Schrebergarten soll der Garten gemeinschaftlich von interessierten Bürgern bewirtschaftet werden. Der Garten soll zudem primär zum Anbau von Pflanzen aus lokalem Saatgut dienen, um einen Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität in der Gemeinde zu leisten. Das Saatgut könne die lokale Saatgutbank „Kräizschouschteschgaart“ liefern. Des Weiteren soll die Gemeinde Weiterbildungsangebote in ökologischem Gartenbau und eine fachkundige Betreuung organisieren und Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt betreiben. Die Gemeinde soll das nötige Gelände zur Verfügung stellen.

Schöffe Raphael Gindt begrüßt die Idee an sich und erklärt, dass die Gemeinde prinzipiell bereit sei, ein derartiges Projekt zu

unterstützen, etwa durch die Bereitstellung eines Geländes. Er halte jedoch die Organisation des dauerhaften Betriebs eines solchen Projekts für problematisch, da dies eine ausreichende Anzahl motivierter Bürger erfordere. Rat Lou Linster erklärt, dass er von mehreren Anfragen von Bürgern wisse, die im „Kräizschouschteschgaart“ eine Parzelle mieten wollten. Er sei überzeugt, dass diese Gruppe von Bürgern daran interessiert wäre, einen Gemeinschaftsgarten zu betreiben. Die Kosten zur Umsetzung seien zudem sehr überschaubar. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel teilt die Ansicht, dass ein dauerhaftes Betreiben eines solchen Projekts sich als problematischer als zunächst angenommen herausstellen könnte.

Rätin Christiane Schmit-Hamen weist darauf hin, dass es unterschiedliche Konzepte zur Nutzung eines solchen Gartens gebe. Sie vertritt die Meinung, dass ein ungeeignetes Konzept ein derartiges leicht zum Scheitern bringen könne.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel spricht sich dagegen aus, über die Motion in der aktuellen Form abzustimmen, da es zu viele Unklarheiten bezüglich der konkreten Umsetzung gebe. Sie schlägt vor, das Projekt eventuell in einer Kommission zu diskutieren. Schöffe Jean-Paul Sunnen schlägt vor, die Motion umzuformulieren und das Schöffenkollégium zunächst zu einer Analyse zur konkreten Umsetzung aufzufordern.

Rat Lou Linster ist einverstanden mit dem Vorschlag des Schöffenkollégiums, das Projekt zunächst weiter zu diskutieren. Rätin Christiane Schmit-Hamen verspricht, das Thema in der Integrations- bzw. der Umweltkommission zur Sprache zu bringen.

15 Korrespondenz, Fragen an das Bürgermeister- und Schöffenkollégium

Es liegen zwei schriftliche Fragen von Gemeinderatsmitgliedern an das Schöffenkollégium vor.

Rat Lou Linster möchte wissen, ob das Schöffenkollégium aufgrund des neuen allgemeinen Bebauungsplans (PAG) eine Neufassung der kommunalen Bauverordnung plane, da diese in ihrer bestehenden Fassung nicht der Musterverordnung des Ministeriums entspreche. Er will zudem wissen, ob der Gemeinderat sowie die Bautekommission gegebenenfalls in die Ausarbeitung einer Neufassung eingebunden werden. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel bestätigt, dass das Schöffenkollégium an einer Neufassung der Bauverordnung arbeite und sich an der Musterverordnung orientiere. Man plane, in zwei bis drei Monaten der Bautekommission sowie den Gemeinderatsmitgliedern einen fertigen Entwurf zu präsentieren.

Rat Patrick Calmus möchte wissen, ob das Schöffenkollégium über die Initiative „Kleng Schrëtt“ informiert sei, die von den Organisationen Ëmweltberodung Lëtzebuerg, Youth for Climate, sowie Natur & Ëmwelt ins Leben gerufen worden sei, um Bürger über kleine Möglichkeiten zum Klimaschutz im Alltag zu informieren und zu sensibilisieren. Er möchte zudem wissen, ob die Gemeinde sich gegebenenfalls an der Aktion beteiligen wolle. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, die Initiative sei dem Schöffenkollégium nicht bekannt gewesen, prinzipiell spreche aber nichts gegen eine Beteiligung.

Les travaux dans la Rue de la Gare sur la dernière ligne droite

CONSEIL COMMUNAL DU 30 MARS 2021

Présents:

Diane Bisenius-Feipel,
bourgmestre, Jean-Paul Sunnen,
échevin, Raphael Gindt, échevin

Conseillers: Tom Berend, Marcel
Jakobs, Lou Linster, Jean-Pierre
Roemen, Christiane Schmit-
Hamen.

Le conseiller Patrick Calmus
assiste à la séance per
visioconférence.

Secrétaire communal: Marc Thill.

Ordre du jour

- 1a Fixation du lieu de la réunion du
Conseil communal; Approbation,
- 1b Approbation de l'ordre du jour;
Approbation,
2. Communications par le Collège
des Bourgmestre et Echevins;
3. Affaires de personnel; (huis clos)
- 3a Démission d'un fonctionnaire
- 3b Prolongation de stage d'un
fonctionnaire
- 3c Nomination définitive d'un
fonctionnaire
- 3d Création d'un poste groupe B-1,
chargé technique
- 3e Demande d'un congé sans solde
- 4 Plan pluriannuel de financement,
PPF 2021, (huis clos) Présentation,
- 5 Liste des demandes du droit de
préemption
- 6 Convention SOTEL; Approbation,
- 7 Compte 2018;
- 7a Compte administratif 2018,
approbation,
- 7b Compte de gestion 2018,
approbation,
- 8 Compte 2019;
- 8a Compte administratif 2019,
approbation,
- 8b Compte de gestion 2019,
approbation,
- 9 Demande d'autorisation d'ester
en justice; Impôt commercial
communal 2020,
- 10 Réaménagement Rue de la Gare;
- 10a Rue de la Gare, devis
supplémentaire et devis
remplacement de l'éclairage
public aux passages pour
piétons dans la Rue de la Gare
dans l'enceinte du chantier
actuellement en cours,
approbation,
- 10b Rue de Cessange, travaux
complémentaires, devis,
approbation,
- 11 Modification du carrefour Rue de
la Gare et apaisement trafic Rue
de Roedgen; Devis, approbation,
- 12 PAP Eelchesgewan; Modification
ponctuelle, approbation,
- 13 Règlement général de police;
Modification des articles 55 et 56,
approbation,
- 14 Motions des conseillers;
- 15 Correspondance, questions au
Collège des bourgmestre et
échevins;

1a Fixation du lieu de réunion du Conseil communal,

Suite aux restrictions liées à la
crise sanitaire, la séance du
Conseil communal se tiendra au
centre sociétair «An der Eech».
Tous les conseillers approuvent
cette décision.

1b. Approbation de l'ordre du jour

La bourgmestre Diane Bisenius-
Feipel propose de modifier
l'ordre du jour d'un point: L'an-
cien point 13 de l'ordre du jour
concernant une demande d'exer-
cice du droit de premier refus
doit être discuté à huis clos et
est avancé comme nouveau

point 5 de l'ordre du jour. La
bourgmestre Diane Bisenius-Fei-
pel informe également qu'il y a
une motion ainsi que deux ques-
tions qui seront discutées à la fin
de la réunion du Conseil commu-
nal. Tous les membres du Conseil
communal se mettent d'accord
sur ce point.

2 Communications par le Collège des Bourgmestre et Echevins

La bourgmestre Diane Bisenius-
Feipel informe que le permis de
construire pour la maison de re-
traite avec assistance à domicile
prévue au lieu-dit «Geierbiereg»
va être délivré. L'exploitant Emera

doit encore obtenir diverses au-
torisations, telles que l'agrément
pour la maison de retraite, le per-
mis d'exploitation et le permis
d'exploitation pour les installa-
tions classées (Commodo/Incom-
modo). Après cela, des appels
d'offres devront être lancés pour
la construction de la maison de
retraite. L'exploitant prévoit que
la construction commencera au
printemps 2022.

La bourgmestre Diane Bisenius-
Feipel informe que le «Impfbus»
fonctionne depuis le 25 février
en coopération avec la firme
Demy Schandeler. Le service gra-
tuit s'adresse aux citoyens de

Leudelange qui sont âgés plus de 60 ans et vulnérables. Jusqu'à présent 58 personnes ont été acheminées vers les centres de vaccination à Esch-sur-Alzette et au Limpertsberg.

La conseillère Christiane Schmit-Hamen demande si l'exploitant de la maison de retraite doit encore obtenir les autorisations manquantes avant le début des travaux. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel confirme. Le conseiller Lou Linster se félicite de l'octroi du permis de construire pour la maison de soins, mais exprime son scepticisme quant au calendrier assez serré.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel, interrogée par le conseiller Patrick Calmus, déclare que le permis de construire de la maison de retraite a été signé début mars.

3 Affaires de personnel

Le Conseil communal débatait à huit clos sur les affaires du personnel.

- Démission du fonctionnaire communal Alex Meyer.
- Prolongation du stage du fonctionnaire communal Jorge Da Silva.
- Nomination définitive du fonctionnaire communal Jorge Da Silva.
- Création d'un poste du groupe B1, chargé technique.
- Demande d'un congé sans solde (Martine Mausen Lüdde).

4. Présentation du Plan pluriannuel de financement, PPF 2021

Le Conseil communal assiste à huis clos à la présentation du plan pluriannuel de financement PPF 2021.

5 Liste des demandes du droit de préemption

Le Conseil communal se réunit à

huis clos pour examiner une demande d'exercice du droit de préemption. Le vote est reporté à la séance du 2 avril 2021.

6 Approbation convention Sotel

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel rappelle que la commune essaie depuis 2007 de se débarrasser de la ligne à haute tension de l'opérateur SOTEL à Schléiwenhaff. Un projet de mise sous terre de la ligne à l'occasion de la rénovation de la rue Schléiwenhaff avait échoué en raison des coûts élevés. Aujourd'hui, comme la SOTEL exploite le réseau en collaboration avec Creos, la commune a la possibilité de participer au démantèlement de l'ensemble de la ligne SOTEL entre Mondercange et Helfenterbrück. Les trois communes de Mondercange, Reckange/Mess et Leudelange pourraient partager les dépenses avec la SOTEL, plusieurs particuliers et une entreprise de construction. En fin de compte, cette solution coûterait environ 100 000 euros à la commune de Leudelange et serait donc nettement moins chère que l'ancien projet de la rue Schléiwenhaff, qui était estimé à 3,2 millions d'euros.

Selon la bourgmestre Diane Bisenius-Feipel, la SOTEL avait confirmé que les travaux dureraient 24 mois et qu'ils commencent dès que possible.

Le conseiller Marcel Jakobs s'est félicité de la suppression de la ligne à haute tension, déclarant qu'elle répondait à une demande de longue date des résidents locaux. Les conseillers Lou Linster et Jean-Pierre Roemen partagent ce point de vue. Le conseiller Patrick Calmus se félicite du projet mais regrette que l'entrepreneur impliqué répercute certainement les coûts sur les acheteurs de biens immobiliers. L'échevin

Jean-Paul Sunnen ne prend pas part au vote pour cause de partialité.

La convention avec la société SOTEL est approuvée à l'unanimité.

7 Compte 2018

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique la procédure concernant le bilan des comptes annuels pour les années 2018 et 2019. Le ministère a contrôlé les comptes annuels pendant l'hiver et la commune a reçu les deux rapports comptables. Le 2 février, le Collège des bourgmestre et échevins a formulé sa réponse. Le Conseil communal doit voter sur les deux comptes annuels, lors de la réunion actuelle avant qu'ils ne soient renvoyés au ministère pour la clôture finale. Les réponses de la commune comprennent de nombreux points détaillés, notamment en ce qui concerne des revenus de location très mineurs qui n'ont pas été comptabilisés en 2019 et un petit tracteur loué en 2011 et qui a expiré en 2018. D'autres points concernent le bail de l'église avec l'archidiocèse et un nouvel appel d'offres pour l'élimination des déchets communaux. Le rapport du trésorier n'a révélé aucun problème.

Le conseiller Lou Linster critique le fait que le Collège des bourgmestre et échevins n'ait pas reconnu à temps le problème de l'appel d'offres pour l'élimination des déchets. Il aimerait également savoir pourquoi il n'a pas encore été possible de conclure un contrat de location avec le fonds de l'église. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que les discussions avec le fonds étaient au point mort sans raison particulière et que le Collège des bourgmestre et échevins allait chercher une solution à court terme. Les comptes administratifs



photo Jorge Da Silva

2018 sont approuvés à l'unanimité. Le compte de gestion 2018 est approuvé à l'unanimité.

8 Compte 2019

Les comptes administratifs 2019 sont approuvés à l'unanimité. Les comptes de gestion 2019 sont également approuvés à l'unanimité.

9 Demande d'autorisation d'ester en justice, impôt commercial communal 2020

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique qu'en 2020, environ 24,8 millions d'euros ont été générés par les entreprises de Leudelage, mais que la commune n'a reçu que 1,4 million d'euros en remboursement de l'État. C'est scandaleux aux yeux du Collège des bourgmestre et échevins. C'est pourquoi la commune contestera la décision de l'État en matière d'impôt commercial devant le tribunal administratif, étant donné que le dernier jugement après une plainte antérieure correspondante était encore en instance et qu'un procès avait donc des chances de succès.

Le conseiller Lou Linster se félicite des projets du Collège des bourgmestre et échevins et veut savoir quand une décision finale dans la première affaire devant la Cour constitutionnelle tombera. Selon la bourgmestre Diane Bisenius-Feipel, il n'y a pas de nouvelles à ce sujet. L'échevin Jean-Paul Sunnen explique qu'il faut malheureusement s'attendre à un verdict négatif dans le procès. Cependant, il pense que la Commission des finances devrait examiner la proposition du conseiller Lou Linster. Sa proposition prévoit de compenser au moins partiellement le manque de revenus en augmentant l'impôt commercial. La question est complexe et une analyse est nécessaire afin d'examiner la faisabilité d'une telle solution. Selon lui, rien ne s'oppose en principe à une augmentation substantielle de certains paramètres fiscaux, comme le confirmerait l'expérience d'autres communes. Cependant, il faut peser les avantages et les inconvénients d'une telle approche.

La conseillère Christiane Schmit-Hamen, en sa qualité de présidente de la Commission des

finances, explique que la Commission avait déjà réfléchi à la question et qu'elle la présenterait aux membres de la Commission lors d'une réunion prévue pour la mi ou la fin mai. Par la suite, la Commission veut savoir quelles adaptations fiscales sont possibles et raisonnables, mais aussi justifiables au vu de la crise actuelle. La demande d'autorisation d'ester en justice, est approuvée à l'unanimité.

10 Réaménagement rue de la Gare

Le Conseil communal envisage des estimations de coûts supplémentaires dans le cadre de la rénovation actuelle de la rue de la Gare ainsi que de la rue de Cessange. Il s'agit notamment de:

- Travaux complémentaires pour le renouvellement de la rue de la Gare à Leudelage, pour un coût total de 661.000 euros.
- Renouvellement de l'éclairage public au niveau des passages piétons de la rue de la Gare, pour un coût total de 57 271,50 euros.
- Travaux d'infrastructure dans la rue de la Gare et travaux sur le réseau d'eau potable dans la rue de Cessange à Leudelage, pour un coût total de 565 000 euros.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que le chantier de la rue de la Gare bat toujours son plein. Depuis le dernier week-end de mars, la route est à nouveau ouverte à une seule voie de circulation. La bourgmestre rappelle que la première estimation du renouvellement de la rue de la Gare s'élevait à 1 631 000 euros et avait été approuvée par le Conseil communal du 7 mai 2019. Ce n'est que pendant les travaux de construction qu'il est apparu que des travaux supplémentaires étaient nécessaires, ce qui entraînerait des frais généraux supplémentaires de 661 000 euros. Cela était dû à des problèmes imprévus au niveau des puits de canalisation, qui ont dû être maçonnés, et des gaines techniques, qui ont dû être abaissées. Le remplacement de l'éclairage public aux passages pour piétons coûterait 57.271 euros supplémentaires. Dans la rue de Cessange, les canalisations d'eau potable, vieilles de près de 40 ans, entre le croisement avec la rue de la Gare et l'entrée du Domaine Schmiseleck, devraient également être renouvelées. Le coût de cette opération serait d'environ 565 000 euros.

Philippe Huberty, du bureau d'ingénieurs Schroeder & Associés, donne ensuite au Conseil des précisions sur les travaux prévus dans la rue de la Gare et la rue de Cessange.

L'échevin Raphael Gindt explique que si le Collège des bourgmestres et échevins ne se réjouissait pas des coûts supplémentaires, il comprenait néanmoins les changements non planifiés mais nécessaires. Compte tenu de ces éléments, les coûts supplémentaires sont restés dans des limites raisonnables.

La conseillère Christiane Schmit-Hamen demande comment les

deux passages pour piétons de la rue de la Gare au niveau de la «Villa Eugénie» sont réaménagés.

Philippe Huberty explique que les passages pour piétons seraient réaménagés conformément aux normes en vigueur afin de permettre une meilleure utilisation par les personnes à mobilité réduite. Il s'agirait notamment d'installer des panneaux de sol tactiles, qui permettraient aux malvoyants de s'orienter. Le réaménagement comprendra également l'installation d'un nouvel éclairage public afin de rendre les usagers du passage à niveau plus visibles. La conseillère Christiane Schmit-Hamen remarque que le passage pour piétons de la rue de la Gare à l'intersection de la rue de la Forêt est très mal situé. Il y a beaucoup d'écoliers à cet endroit, il y a deux arrêts de bus et le passage pour piétons se trouve également dans un virage où les gens roulent souvent vite. Face à ce nouveau, elle plaide pour que davantage de sécurité soit créée immédiatement et que le passage pour piétons soit déplacé ou qu'un système de feux de circulation soit installé.

Philippe Huberty explique qu'il n'est pas souhaitable de déplacer le passage à niveau en raison de l'arrêt de bus dans la rue de la Gare. Cependant, un système de feux de circulation pourrait certainement être discuté avec le service technique communal.

Le bourgmestre Diane Bisenius-Feipel part du principe que l'installation d'un feu de signalisation nécessite l'approbation des Ponts et Chaussées. Elle note également que la construction d'un feu de signalisation au niveau de la «Villa Eugénie» a déjà été envisagée dans le cadre du projet de maison de retraite.

Philippe Huberty confirme que

l'administration des Ponts et Chaussées n'approuverait probablement pas l'installation de deux feux de signalisation sur un tronçon aussi court. Michel Wodelet, ingénieur communal, ajoute que, dans le cadre des travaux de construction en cours, le service technique avait prévu de poser déjà tous les raccordements nécessaires au niveau du passage piéton à la hauteur de la «Villa Eugénie». Ceci faciliterait l'installation de feux de signalisation à une date ultérieure. Cette approche serait également plus rentable. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel suggère de faire des préparatifs similaires au passage pour piétons à l'intersection avec la rue de la Forêt. L'ingénieur communal Michel Wodelet veut également porter cette suggestion à la prochaine réunion.

Le conseiller Lou Linster critique ce qu'il considère comme une planification irréaliste des coûts par le bureau du projet. Selon lui, les problèmes mentionnés étaient prévisibles.

Philippe Huberty explique que le problème des puits de canalisation était également dû à des contraintes de temps, car les puits de canalisation n'étaient pas facilement disponibles actuellement. D'autres coûts supplémentaires, tels que ceux relatifs au renouvellement de l'éclairage public et à l'élargissement de la chaussée, sont apparus à la suite de demandes de modification acceptées par le Conseil communal. Le problème des gaines est dû à des changements dans les spécifications des Ponts et Chaussées et n'est pas apparu avant le début des travaux. Les coûts supplémentaires pour les travaux sur le réseau d'eau étaient dus au fait qu'en concertation avec la commune, une solution plus rapide avait été préférée au plan initial, permettant

d'ouvrir la route plus tôt.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel souligne que dans le contexte d'un chantier aussi complexe, il n'était pas inhabituel que des décisions de modification soient prises en cours de travaux. Le Collège des bourgmestre et échevins et les résidents sont généralement satisfaits de l'avancement des travaux. Les coûts supplémentaires ont été encourus en partie parce que des efforts ont été faits pour travailler dans l'intérêt des citoyens.

Le conseiller Lou Linster maintient son point de vue selon lequel des coûts supplémentaires de l'ordre de 40% indiquent un manque de planification. Il aimerait également savoir pourquoi les travaux de la rue de Cessange, qui n'étaient pas prévus à l'origine, se sont ajoutés. L'ingénieur Michel Wodelet explique que l'opérateur Creos, ainsi que l'entreprise postale, avaient par la suite exprimé le souhait de renouveler leurs réseaux pendant les travaux. La commune avait donc décidé de renouveler également les canalisations d'eau potable, car elles allaient bientôt atteindre leur durée de vie maximale.

Le conseiller Patrick Calmus s'étonne également des coûts supplémentaires élevés et partage l'avis de l'orateur précédent concernant l'insuffisance de la planification. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel est d'avis qu'il ne s'agit pas de coûts purement supplémentaires, mais de services supplémentaires fournis. Il s'agit donc d'une question d'opinion sur la manière dont l'augmentation des coûts devait être évaluée. Les devis pour les travaux complémentaires dans la rue de la Gare et le remplacement des lampadaires sont approuvés à l'unanimité. Les devis pour les travaux d'infrastructures

complémentaires de la rue de la Gare et les travaux sur le réseau d'eau potable de la rue de Cessange sont également approuvés à l'unanimité.

11 Modification du carrefour Rue de la Gare et apaisement trafic Rue de Roedgen

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que la commune veut mettre en œuvre la reconstruction de la Rue de la Gare à Schleiwenhaff au niveau de l'intersection avec la rue de la Vallée, qui est prévue depuis un certain temps, et en même temps mettre en œuvre des mesures de modération du trafic dans la rue de Roedgen.

Svenja Ludmann, de la société d'ingénierie Schroeder & Associés, explique les détails du projet. Il s'agit, entre autres, d'adapter l'îlot de circulation à l'embouchure de la rue de la Vallée de telle sorte que deux voies parallèles soient disponibles pour tourner et de créer une voie de fusion dans la rue de la Gare. En outre, un prolongement ou un élargissement du trottoir du côté est de la rue de la Gare en direction de Leudelage-Gare est prévu pour permettre une utilisation mixte avec une piste cyclable à l'avenir. En outre, les passages pour piétons doivent être équipés d'un éclairage et de lignes de guidage pour les aveugles, et les arrêts de bus doivent être adaptés aux personnes à mobilité réduite. L'intersection avec la rue de Roedgen doit également être adaptée pour offrir deux voies de virage et un passage piéton amélioré. En outre, des mesures structurales de modération du trafic doivent être créées à l'entrée de la rue de Roedgen. A cette fin, plusieurs variantes avaient été proposées, qui auraient inclus la création d'un îlot de circulation

avec des chicanes sur un ou deux côtés, la création d'un portail avec rétrécissement de la chaussée, et l'installation de bandes rugueuses ou d'un ralentisseur sur la chaussée. L'estimation de 975 000 euros comprend le coût des travaux routiers, des travaux de drainage et de l'option de modération du trafic avec la chicane sur un côté. Pendant les travaux, la rue de la Vallée devra être partiellement fermée dans un sens. Dans la rue de la Gare, la circulation sera maintenue dans les deux sens dans la mesure du possible. Le début des travaux est prévu après l'achèvement du chantier actuel de la rue de la Gare, avec une période prévue de cinq mois.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que le projet comprenait plusieurs variantes pour la modération du trafic dans la rue de Roedgen, car la commune souhaitait garder plusieurs options. Une autre raison est que la solution d'un îlot de circulation avec une chicane d'un côté, qui est également préférée par l'administration des Ponts et Chaussées, n'a pas pu être mise en œuvre à l'endroit initialement prévu, car les propriétaires n'étaient pas prêts à céder les parcelles nécessaires. Il faudrait donc soit déplacer l'îlot avec la chicane, soit choisir l'une des autres variantes. Une nouvelle réunion avec les Ponts et Chaussées devrait permettre de déterminer la solution qui sera finalement mise en œuvre.

Le conseiller Lou Linster demande pourquoi un vote sur le projet devrait être pris en ce moment alors qu'il n'est pas encore clair quelle alternative sera mise en œuvre. Bisenius-Feipel explique qu'il était clair qu'une mesure d'apaisement du trafic serait mise en œuvre à cet endroit et que l'alternative incluse dans

l'estimation des coûts était la deuxième plus chère. Toutefois, le Collège des bourgmestre et échevins souhaite aller de l'avant avec le projet et c'est pourquoi il le soumet au vote immédiatement. Le conseiller Lou Linster demande si cela signifie que ce n'est que si la chicane à double sens est mise en œuvre qu'il y aura des coûts supplémentaires substantiels. La bourgmestre confirme que c'est le cas. Le conseiller Lou Linster suggère qu'une déviation soit créée par la rue Schléiwenhaff pendant les travaux.

Le conseiller Jean-Pierre Roemen demande si la création de la chaussée mixte en tant que piste cyclable ne concerne que la rue de la Gare. Svenja Ludmann explique qu'il s'agit uniquement de créer les conditions préalables à la création d'une piste cyclable continue à un stade ultérieur. Dans une première phase, la circulation des vélos devrait rester dans la rue. Diane Bisenius-Feipel affirme que cette section devait être comprise comme une première approche qui permettrait une extension ultérieure des pistes cyclables et que sa mise en œuvre était opportune à l'occasion des travaux prévus.

L'échevin Jean-Paul Sunnen ajoute que l'inclusion de la bande cyclable dans le projet actuel semblait incohérente si l'on ne connaissait pas le concept global. Il laisse savoir qu'il examinerait la possibilité de faire une présentation sur ce sujet aux membres du Conseil communal. Il note également que la commune avait rencontré une résistance inattendue en ce qui concerne le terrain requis et que le Conseil communal préférerait donc une solution qui ne nécessitait pas l'acquisition de terrains privés.

Le conseiller Tom Berend

demande si les panneaux bleus installés au-dessus de la chaussée au niveau du passage piéton de l'arrêt de bus et le câble d'alimentation de l'éclairage seront enlevés dans le cadre des travaux de construction. L'ingénieur communal Michel Wodelet et la bourgmestre confirment que les panneaux seront remplacés par des feux de signalisation et que le câble sera placé sous terre.

Le conseiller Patrick Calmus se félicite que le projet tant attendu soit enfin mis en œuvre, mais il espère qu'il ne coûtera pas encore beaucoup plus cher. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel souligne que tout coût supplémentaire se situerait dans une fourchette attendue, puisque l'estimation des coûts inclut la deuxième option la plus chère, comme mentionné précédemment. Le coût dépendra également de la variante qui sera finalement approuvée par les Ponts et Chaussées. L'estimation des coûts est approuvée à l'unanimité.

12 PAP Eelchesgewan

L'échevin Raphael Gindt explique que le 15 octobre 2020, la commune a reçu du bureau d'architectes CO3 une demande de modification de certains points du plan d'aménagement partiel «Eelchesgewan». Toutefois, le Collège des bourgmestre et échevins avait estimé que les modifications demandées n'étaient pas conformes au plan d'aménagement général (PAG) de la commune pour un certain nombre de raisons. En fin de compte, le Collège des bourgmestre et échevins s'est largement rangé à l'avis du ministère de l'Intérieur et était prêt à approuver les modifications du PAP, sauf sur quelques points.

L'ingénieur communal Marc Schmit remet sur demande au conseiller

Lou Linster les détails de la procédure. L'échevin Jean-Paul Sunnen confirme que le Collège des bourgmestre et échevins propose de suivre la position du ministère et d'approuver les modifications du PAP à l'exception d'un point. Pour des raisons de partialité, la bourgmestre Diane Bisenius-Feipel ne participe pas au vote.

La modification partielle du PAP «Eelchesgewan» est approuvée à l'unanimité.

13 Règlement général de police

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que, suivant l'avis du ministère, deux changements étaient nécessaires dans le nouveau règlement général de la police. Premièrement, à l'article 55, l'expression «agents de surveillance» devrait être remplacée par «les agents du corps de la police et gardes champêtres». Deuxièmement, l'article 56 prévoit désormais que la commune définira les «zones pour chiens» dans un décret distinct. Cette tâche incomberait donc toujours au Collège des bourgmestre et échevins.

La conseillère Christiane Schmit-Hamen fait remarquer que les problèmes liés aux excréments de chiens sur les trottoirs de la commune allaient s'aggraver et a suggéré qu'après la création des «zones canines», les citoyens soient davantage sensibilisés afin que celles-ci soient également utilisées. La bourgmestre souligne que la commune sensibilisait depuis des années concernant les déjections canines, mais qu'il incombait finalement aux propriétaires de chiens de respecter la réglementation.

Le conseiller Patrick Calmus trouve discutable la formulation de l'article 55 «toute personne qui refuse d'obtempérer aux

injonctions des agents du corps de la Police et des gardes champêtres de se conformer aux dispositions du présent règlement est tenue de quitter les lieux si l'ordre lui en est donné», car à ses yeux cela crée une sorte d'expulsion. Le secrétaire communal Marc Thill répond que cette formulation n'avait fait l'objet d'aucune objection de la part du ministère de l'Intérieur et qu'elle figurait également de cette manière dans les règlements de police d'autres communes. La bourgmestre commente que l'amendement ne concerne que le point soulevé et non la formulation évoquée, qui a déjà été incluse dans la version de l'arrêté du règlement police approuvée par le Conseil communal le 29 septembre 2020. Les modifications du règlement général de police sont approuvées à l'unanimité.

14 Motions des conseillers

Le conseiller Lou Linster a soumis une motion proposant la création d'un jardin communautaire dans la commune. Contrairement aux jardins familiaux classiques, le jardin doit être cultivé collectivement par les citoyens intéressés. Le jardin doit également être utilisé principalement pour faire pousser des plantes à partir de graines locales afin de contribuer à la préservation de la biodiversité dans la commune. Les semences pourraient être fournies par la banque de semences locale «Kräizschouschteschgaart». En outre, la commune devrait organiser des cours de formation continue en matière de jardinage écologique et de supervision par des experts, et réaliser des travaux de relations publiques pour le projet. La commune doit fournir le terrain nécessaire.

Raphael Gindt salue l'idée et déclare que la commune est en

principe prête à soutenir un tel projet, par exemple en fournissant un site. Il considère toutefois que l'organisation du fonctionnement permanent d'un tel projet est problématique, car il faudrait pour cela un nombre suffisant de citoyens motivés. Le conseiller Lou Linster déclare qu'il avait connaissance de plusieurs demandes de citoyens qui souhaitaient louer une parcelle dans le «Kräizschouschteschgaart». Il était convaincu que ce groupe de citoyens serait intéressé par l'exploitation d'un jardin communautaire. Il ajoute que le coût de la mise en œuvre serait également très raisonnable. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel partage le point de vue selon lequel l'exploitation permanente d'un tel projet pourrait s'avérer plus problématique que prévu.

La conseillère Christiane Schmit-Hamen souligne qu'il existe différents concepts pour l'utilisation d'un tel jardin. Elle est d'avis qu'un concept inadapté pourrait facilement faire échouer un tel projet.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel se prononce contre le vote de la motion dans sa forme actuelle car il y avait trop d'incertitudes concernant la mise en œuvre concrète. Elle suggère de discuter éventuellement du projet au sein d'une commission. L'échevin Jean-Paul Sunnen propose de reformuler la motion et de demander d'abord au Collège échevinal une analyse sur la mise en œuvre concrète. Le conseiller Lou Linster est d'accord avec la suggestion du Collège des bourgmestre et échevins de discuter du projet. La conseillère Christiane Schmit-Hamen promet de soulever la question au sein de la Commission de l'intégration et de la Commission de l'environnement.

15 Correspondance, questions au Collège des bourgmestre et échevins

Il y a deux motions des membres du Conseil communal au Collège des bourgmestre et échevins.

Le conseiller Lou Linster aimerait savoir si le Collège des bourgmestre et échevins prévoit une nouvelle version du règlement communal de construction à la suite du nouveau plan d'aménagement général (PAG), car la version actuelle n'est pas conforme au règlement type du ministère. Il souhaite également savoir si le Conseil communal, ainsi que la Commission des bâtisses, seront impliqués dans la rédaction d'une nouvelle version, si nécessaire. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel confirme que le Collège des bourgmestre et échevins travaille sur une nouvelle version de l'ordonnance sur la construction et s'inspire de l'ordonnance modèle. Ils prévoient de présenter un projet complet à la Commission des bâtisses ainsi qu'aux membres du Conseil communal dans deux ou trois mois.

Le conseiller Patrick Calmus souhaite savoir si le Collège des bourgmestre et échevins avait connaissance de l'initiative «Kleng Schrëtt», lancée par les organisations «Ëmweltberodung Lëtzebuerg», «Youth for Climate» et «Natur & Emwëlt», afin d'informer et de sensibiliser les citoyens sur les petits moyens de protéger le climat au quotidien. Il aimerait également savoir si la commune souhaite participer à l'action, le cas échéant. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que le Collège des bourgmestre et échevins n'était pas au courant de l'initiative, mais qu'en principe rien ne s'opposait à une participation.